

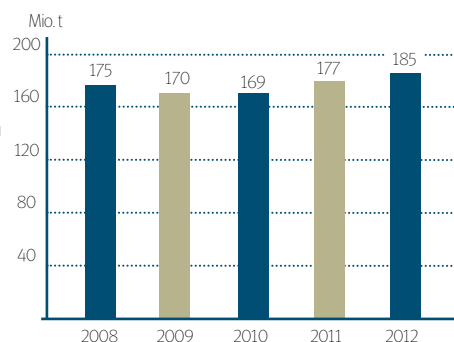
Informationen und Meinungen

BRAUNKOHLE

Der wichtigste heimische Energieträger behauptet sich im dynamischen Umfeld

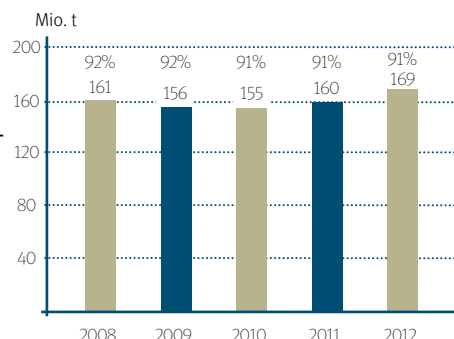
Köln – Das energiewirtschaftliche Umfeld für die deutsche Braunkohle war 2012 bestimmt durch den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien, den Abbau der inländischen Kernenergiekapazität auf rund 12 Gigawatt (GW) sowie durch hohe Öl- und Gaspreise. Vor diesem Hintergrund verzeichnete die deutsche Braunkohlenindustrie eine stabile Entwicklung. Die Förderung lag mit rund 185 Millionen Tonnen (Mio. t) um 5 Prozent über dem Vorjahr. Im Rheinland stieg die Produktion um über 6 Prozent und in der Lausitz um 4,5 Prozent. Auch im Helmstedter Revier wurde die Förderung ausgeweitet. In Mitteldeutschland lag die Braunkohlenproduktion dagegen leicht unter dem Vorjahresniveau. Die Veränderungsraten bei der Förderung entsprechen weitgehend der Entwicklung der Lieferungen an die Kraftwerke der allgemeinen Versorgung. Sie nahmen um gut 5 Prozent auf über 166 Mio. t zu. Damit wurden 2012 insgesamt rund 90 Prozent der gesamten inländischen Braunkohlenförderung zur Stromerzeugung eingesetzt. Mit insgesamt 159 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) erzeugten die Braunkohlenkraftwerke im vergangenen Jahr fast 6 Prozent mehr als 2011. Dieser Zuwachs ist zurückzuführen auf die Inbetriebnahme der neuen Kraftwerksblöcke in Neurath mit einer Leistung von 2 200 Megawatt (MW) sowie in Boxberg mit 675 MW. Die Stilllegung mehrerer Altanlagen wurde bis zum Jahresende abgeschlossen, so dass im Saldo die Stromerzeugungskapazität auf Basis der Braunkohle in Deutschland 2012 leicht auf 20,8 GW (netto) anstieg. Die Herstellung von Veredlungsprodukten lag 2012 leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Der Rückgang bei der Briкетterzeugung konnte durch Zuwächse bei Braunkohlenstaub und Wirbelschichtkohle nicht ausgeglichen werden. Der Beitrag der Braunkohle zum gesamten Energieverbrauch in Deutschland lag bei 56 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE). Der Anteil der Braunkohle am gesamten Energieverbrauch erhöhte sich leicht auf 12,2 (Vorjahr 11,6) Prozent.

Entwicklung der Braunkohlenförderung in Deutschland 2008 bis 2012 - in Mio. t



Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft

Einsatz von Braunkohle in Kraftwerken der allgemeinen Versorgung 2008 bis 2012 in Mio. t und Anteil an der Gesamtförderung in %



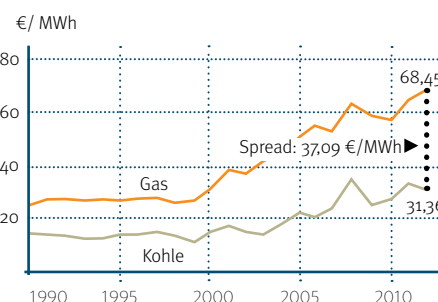
Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft

ENERGIEMIX

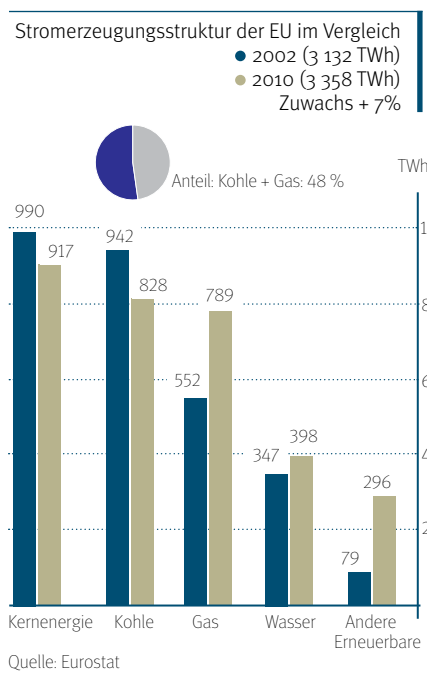
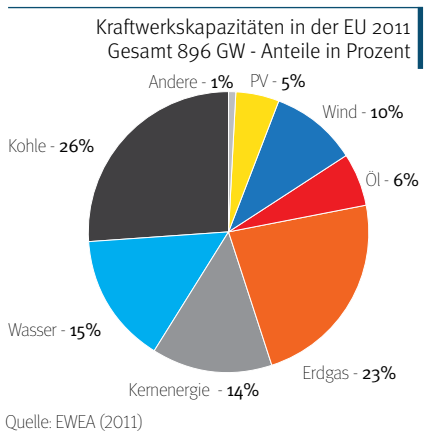
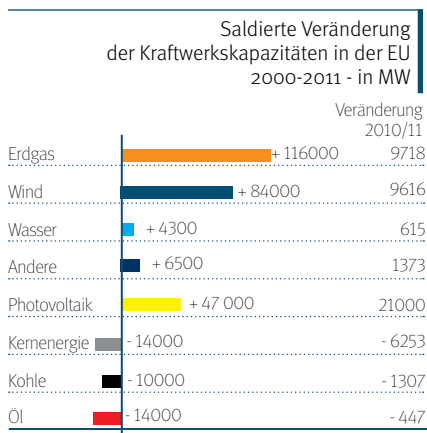
Gaspreise haben erheblichen Einfluss auf die Ausnutzung des Kraftwerksparks

Berlin - Im Jahresverlauf 2012 erreichten die Öl- und Gaspreise historische Höchststände und die Wettbewerbssituation der verschiedenen Brennstoffe in der Stromerzeugung hat sich deutlich verschoben. Die mehrjährige Betrachtung der Preise für Kraftwerkskohle und Erdgas frei Kraftwerk zeigt, dass die Brennstoffkosten deutlich angestiegen sind und sich der Preisabstand (Spread) zwischen Kohle und Gas unter Berücksichtigung anlagentypischer Wirkungsgrade deutlich vergrößert hat. Durch den zunehmenden Spread der Brennstoffkosten ist die Wettbewerbsfähigkeit von Erdgas in der Stromerzeugung derzeit eingeschränkt.

Brennstoffkosten für Kohle- (Wirkungsgrad 38%) und Gaskraftwerke (Wirkungsgrad 49%) in €/MWh



Quelle: DEBRIV



Die jeweilige Wettbewerbsposition für bestehende Kohlen- und Gaskraftwerke ergibt sich aus der Summe der Brennstoff- und der CO₂-Kosten. Kohle- und Gaskraftwerke sind dann zueinander wettbewerbsfähig, wenn Preisgleichheit bei den Brennstoffkosten ohne CO₂-Belastung herrscht oder eine vorhandene Brennstoffkostendifferenz durch entsprechende CO₂-Kosten ausgeglichen wird. Aktuell wäre in Deutschland in Abhängigkeit von den Wirkungsgraden ein CO₂-Preis von 40 bis 60 Euro/t erforderlich, um den Preisabstand von Kohle und Gas in der Verstromung - auf dem Niveau der aktuellen Erdgaspreise - auszugleichen. Umgekehrt läge ein anlegbarer Gaspreis bei den derzeitigen CO₂-Preisen bei etwa 150 Euro je t SKE und damit um rund 45 Prozent unter den aktuellen Notierungen.

In den zurückliegenden zehn Jahren hat sich der Energiemix der europäischen Stromerzeugung spürbar in Richtung Gas verschoben. Gas wird in Europa also in großem Umfang verstromt. Bei anhaltend hohen Gaspreisen verlangsamt sich der strukturelle Wandel. Vor diesem Hintergrund wird die Frage erörtert, ob durch Eingriffe in das europäische Emissionshandelssystem der Preis für CO₂ angehoben werden soll, um den Gasabsatz zu stützen. Die Folge wäre ein Strompreisniveau von bis zu 100 Euro je Megawattstunde, im Vergleich zum gegenwärtigen Börsenpreis für Grundlastprodukte von weniger als 50 Euro je Megawattstunde. Da die Strompreise insgesamt ansteigen müssten, wären Zusatzkosten im Bereich mehrerer Hundert Milliarden Euro die Folge, die Industrie und Verbraucher belasten würden.

EMISSIONSHANDEL

Kohlenindustrie lehnt Eingriffe ab

Brüssel – Eine langfristige und verlässliche Politik ist wichtiger als Ad-hoc-Maßnahmen. Dies gilt besonders für die mit großen politischen Anstrengungen verabschiedete Klimastrategie der EU. Die 2009 unter der Überschrift 20-20-20 beschlossenen Ziele zum Schutz des Klimas, zum Ausbau der erneuerbaren Energien sowie zur Steigerung der Energieeffizienz sind anspruchsvoll, aber auch ausbalanciert. Alle Ziele sind miteinander verwoben und es würde Signale der Verunsicherung aussenden, wenn einzelne Ziele auf Initiative der Kommission verändert würden, heißt es in einem Schreiben des Verbands der europäischen Kohlenindustrie, EURACOAL, an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. EURACOAL appelliert an die Abgeordneten, Vorschläge der Kommission abzulehnen, die in das Emissionshandelssystem eingreifen und durch eine Verschiebung von Auktionen die Menge an verfügbaren Emissionszertifikaten verringern.

Die europäische Kohlenindustrie geht davon aus, dass die vereinbarten CO₂-Ziele insbesondere im Anwendungsbereich des Emissionshandels sicher und kostengünstig erreicht werden. Das derzeitige Preistief sei ein klares Indiz für die Effizienz und Funktionstüchtigkeit des Handelssystems. Die infolge der Wirtschaftskrise gesunkene Nachfrage nach Emissionszertifikaten spiegelt sich in der Preisentwicklung. Bei anziehender Wirtschaftsleistung werden infolge steigender Nachfrage auch die Preise für die Emissionszertifikate wieder anziehen. Zusätzliche Eingriffe in das Emissionshandelssystem würden Industrie und Stromerzeugung in der EU in ihrer Wettbewerbsfähigkeit schwer belasten und das Vertrauen in das marktwirtschaftliche Instrument des Emissionshandels zerstören, kritisiert EURACOAL.

Stabilität und Solidarität in der EU wären bedroht, wenn die Regeln des Spiels, d.h. in der Vertragsperiode bis 2020, geändert würden. Die Mitgliedstaaten haben die Klimastrategie unter der Bedingung verabschiedet, dass eine Verschärfung der CO₂-Ziele an den Abschluss eines internationalen Klimaabkommens gebunden ist, das vergleichbare Anstrengungen von allen großen Emittenten verlangt. Dies wurde allerdings nicht erreicht.

Hinsichtlich der CO₂-Emissionen der Kohlenverwendung weist EURACOAL darauf hin, dass der Ausstoß des Klimagases Kohlendioxid in der EU durch den Emissionshandel abschließend geregelt ist. Das Handelssystem sorgt für eine überproportionale Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei den erfassten Anlagen (minus 21 %; Basis 2005). Die EU hat sich bewusst für ein Mengensystem mit einer langfristig definierten Obergrenze für die CO₂-Emissionen entschieden, um die internationalen Verpflichtungen zum Klimaschutz kostengünstig einzuhalten. Für zusätzliche nationale oder regionale Maßnahmen besteht kein Raum. In diesem System entscheiden die Anlagenbetreiber marktorientiert darüber, welche Brennstoffe und Techniken eine Zukunftschance haben. Ganz bewusst wurde darauf verzichtet festzustellen, an welchem Ort und mit welcher Technik die CO₂-Emissionen vermindert werden.

Höhere CO₂-Preise sind nach Ansicht von EURACOAL nicht für den Ausbau der erneuerbaren Energien notwendig, da dieser im Wesentlichen von anderen Fördersystemen abhängt. Auch für die derzeit in der Demonstrationsphase stehende Technik zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid sind Eingriffe in den Emissionshandel überflüssig. EURACOAL spricht sich dafür aus, anstelle von Ad-hoc-Maßnahmen eine umfassende Klimastrategie für den Zeitraum nach 2020 vorzubereiten. Eine detaillierte Stellungnahme sowie Pressemitteilungen des europäischen Kohlenverbandes stehen zum Download unter www.euracoal.org bereit.

KRAFTWERKE

Bestandsanlagen werden optimiert

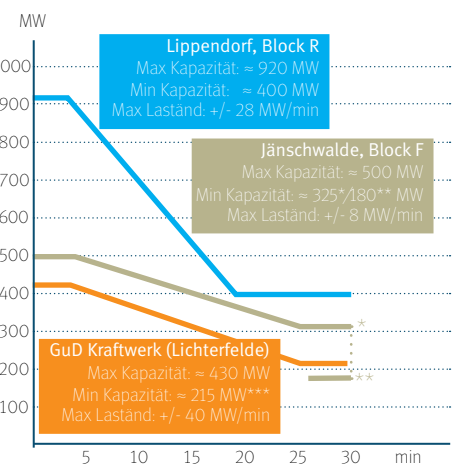
Cottbus - Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie wird Grundlast in den nächsten zehn Jahren tendenziell knapp. Das eröffnet Chancen für die Braunkohle. Darüber hinaus stehen die Betreiber von konventionellen Kraftwerken vor der Herausforderung, ihre Bestandsanlagen dahingehend zu optimieren, dass eine kontinuierlich steigende Menge an regenerativ und volatil erzeugtem Strom in das bestehende System integriert werden kann. In diesem dynamisch verlaufenden Prozess liefert die Braunkohle als wichtigster heimischer Energierohstoff einen stabilen Beitrag zur inländischen Stromerzeugung.

Im abgelaufenen Jahr wurden allein in der Lausitz aus 59 Millionen Tonnen (Mio. t) Rohbraunkohle 54 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) Strom erzeugt. Gleichwohl mussten in den vier Kraftwerken Jämschwalde, Boxberg, Lippendorf und Schwarze Pumpe insgesamt 81 mal Dampferzeuger beziehungsweise Kraftwerksblöcke außer Betrieb genommen werden. Dies führte nach Angaben der Vattenfall Europe Generation AG zu einer nicht erzeugten Stromarbeit in Höhe von 1,82 Terawattstunden (TWh). Für Vattenfall kommt es darauf an, „einen flexiblen Kraftwerkspark zur Sicherung der Stromversorgung“ bereitzustellen. Das zukünftig wichtigste Merkmal der konventionellen Stromerzeugung wird eine hohe Flexibilität und schnelle Regelbarkeit der Anlagen sein, „wobei die Braunkohlenkraftwerke eine unverzichtbare Rolle spielen werden.“

Konventionelle Kraftwerke weisen bereits heute erhebliche Regelbänder und Regelgeschwindigkeiten auf. „Jedoch müssen sie zur Erfüllung der neuen Anforderungen sowie zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit ihre Flexibilität weiter optimieren.“ Elemente dieser technologischen Strategie sind: Senkung der technischen Mindestlast, Steigerung der Lastgradienten sowie die Optimierung von einzelnen Blöcken im Teillastbetrieb. Obwohl Bestandsanlagen konzeptionell auf diese Anforderungen eingestellt sind, bieten sie dennoch ein großes Potenzial, durch Umbaumaßnahmen die veränderten Anforderungen zu erfüllen.

Die Optimierungsmaßnahmen müssen dabei die Gesamtanlage betrachten und sowohl Kessel und Feuerung wie auch den Dampfkreislauf, den Turbosatz und die Rauchgasreinigung erfassen. Perspektivisch plant Vattenfall den Einsatz von thermischen Speichern, bei

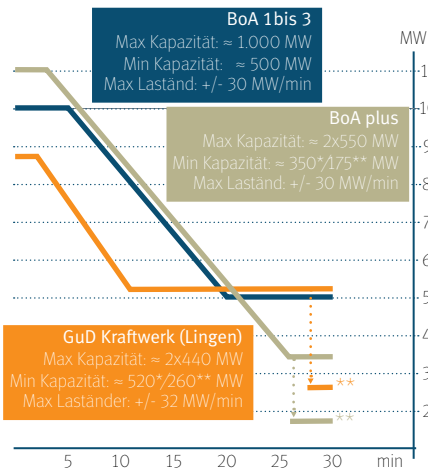
Flexibilität von Braunkohlenkraftwerken in Ostdeutschland



* Minimale Kapazität bei 2-Kessel-Betrieb
 ** Minimale Kapazität bei 1-Kessel-Betrieb
 *** Winterbetrieb

Quelle: Vattenfall

Flexibilität von Braunkohlenkraftwerken in Westdeutschland



* Minimale Kapazität bei 2-Kessel-Betrieb, ** Minimale Kapazität bei 1-Kessel-Betrieb

deren Aufladung eine zusätzliche Absenkung der elektrischen Mindestlast möglich wird. Werden die Speicher entladen, steht kurzfristig Zusatzleistung zur Verfügung, die das dynamische Verhalten des Kraftwerks weiter verbessert. Auch an den Bestandsanlagen im Rheinischen Revier werden umfangreiche Maßnahmen zur Flexibilisierung eingeleitet.

Eine Einführung und Überblick über die Aufgaben und Lösungswege zur Kraftwerksoptimierung liefern die Fachaufsätze von Kahlert/Altmann/Schüle: Möglichkeiten und Grenzen zur Optimierung betrieblicher Flexibilität in existierenden Kraftwerken. In: VGB Power Tech 1/2 2013 sowie Eisen/Körper/Kulik: Moderne Braunkohlenkraftwerke - ein flexibler Baustein für die Energiewende. Online unter: http://www.et-energie-online.de/Portals/o/PDF/zukunftsfragen_2013_o1_elsen.pdf

BRAUNKOHLE I

Gutachter bestätigt Bedeutung für nationale Versorgungssicherheit und Systemstabilität

Potsdam - Die Braunkohlenkraftwerke im Lausitzer Revier sind von hoher Bedeutung für die nationale Versorgungssicherheit und Systemstabilität in Deutschland. Angesichts der in Europa zurückgehenden Kernenergienutzung sei keine ähnlich kostengünstige und steuerbare Erzeugungstechnologie absehbar, so dass die Bedeutung der Braunkohlenkraftwerke „perspektivisch noch zunehmen wird“, erklärte Prof. Georg Erdmann von der TU Berlin in einem Kurzgutachten zum zweiten Teilabschnitt des Tagebaus Welzow-Süd im Lausitzer Braunkohlenrevier. Hintergrund für das Gutachten ist das für diesen Teilabschnitt laufende Braunkohlenplanverfahren. Die zuständige Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg hatte das brandenburgische Wirtschafts- und Europaministerium um eine Einschätzung gebeten, ob und inwieweit Braunkohle aus diesem Tagebauabschnitt langfristig für die Energie- und Rohstoffversorgung notwendig sei.

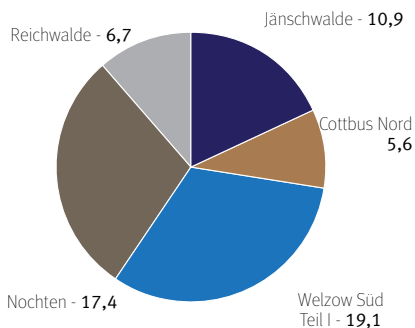
Nach Einschätzung des Berliner Energiewissenschaftlers wird die Braunkohlenverstromung zur Flankierung der Energiewende auch nach 2030 notwendig sein, weil derzeit nicht abzusehen ist, wann die erneuerbaren Energien soweit speicherfähig sind, dass damit Versorgungssicherheit und Preiswürdigkeit gewährleistet sind.

Ohne das Anschlussfeld im Bereich Welzow reicht die Braunkohle für einen Betrieb des Kraftwerks Schwarze Pumpe und der Veredlungsbetriebe bis Ende der 2020er Jahre. Würde man das bestehende hocheffiziente Kraftwerk Schwarze Pumpe danach wegen Brennstoffmangels nicht mehr weiter nutzen können, wäre die Elektrizitätsversorgungslücke zwischen der Nachfrage und der intermittierenden Erzeugung aus Windkraft und Photovoltaik nur dadurch zu schließen, dass der Aufbau von thermischen Ersatzkraftwerken (vor allem Gasturbinen) massiv gefördert wird, etwa durch Zahlungen von Kapazitätsprämien. Dies würde zu weiter steigenden energiewirtschaftlichen Gesamtkosten und einer größeren Abhängigkeit von Erdgasimporten führen, schreibt Erdmann.

Braunkohlenkraftwerke rücken, so Erdmann weiter, nach dem Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland in der Merit Order nach vorne. Obwohl der Ausbau der erneuerbaren Elektrizitätserzeugung schnell erfolgt, sind für die modernen Braunkohlenblöcke der Lausitz anfänglich rund 7 600 Jahresvolllaststunden zu erwarten, die entsprechend der Modellbetrachtung bis zum Jahr 2042 auf rund 6 490 Volllaststunden sinken werden und damit für die Versorgungssicherheit langfristig wichtig sind.

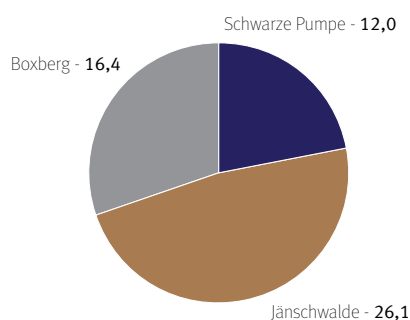
Damit das Braunkohlenkraftwerk Schwarze Pumpe auch künftig mit den energie-wirtschaftlich notwendigen Jahresvolllaststunden betrieben werden kann, ist bis zum

Braunkohlenförderung in der Lausitz 2011 gesamt 59,7 Mio. t



Quelle: Erdmann 2013

Braunkohlenverstromung in der Lausitz 2011 gesamt 54,5 Mio. t



Quelle: Erdmann 2013

Ende der technischen Lebensdauer mit einem Braunkohlenbedarf von insgesamt rund 358 Mio. t Rohbraunkohle zu rechnen. Zusammen mit dem Braunkohleneinsatz der Veredlungsbetriebe von durchschnittlich 5 Mio. t pro Jahr kann dieser Bedarf bis in die 2040er Jahre nur durch die aus dem Tagebaufeld Welzow Süd, Teilabschnitt II, zusätzlich gewinnbaren rund 200 Mio. t Braunkohle gedeckt werden.

Angesichts der Diskussion über eine sich abzeichnende Kapazitätslücke im deutschen und europäischen Kraftwerkspark „wäre es sachfremd und unlogisch, die modernen und vergleichsweise effizienten Braunkohle-Bestandskraftwerke in der Lausitz perspektivisch von der erforderlichen Brennstoffversorgung abzuschneiden“, lautet das Fazit von Prof. Erdmann. ■

BRAUNKOHLE II

DIW-Studie: Mit fragwürdigen Annahmen zu falschen Ergebnissen

Berlin/Köln - Die deutsche Braunkohlenindustrie kritisiert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und die von dessen Forschungsdirektor Christian von Hirschhausen Ende November 2012 vorgelegte Studie zur Zukunft der Braunkohle. Die zu Grunde gelegten Annahmen sind in wesentlichen Teilen schlicht falsch.

Die vom DIW veröffentlichten Vorschläge zum Kraftwerksbau und zur Tagebauplanung sind nicht nachvollziehbar und gehen an der Realität vorbei, hat der DEBRIV öffentlich und persönlich an den Verfasser der Untersuchung mitgeteilt. Es werde übersehen, dass die verfügbaren Braunkohlen-Kraftwerkskapazitäten in einer Größenordnung von gut 20 000 Megawatt modern, flexibel und wirtschaftlich sind. Dabei ist die Verfügbarkeit der preiswerten Braunkohle ein Wettbewerbsvorteil, was eine gute Auslastung der Kapazitäten erwarten lässt. Investitionen in neue Kraftwerke sind nur in geringem Umfang erforderlich, so dass die Frage, wie man die Wirtschaftlichkeit von Neubauvorhaben bewertet, nicht zentral ist. Vielmehr geht es darum, die Wettbewerbsfähigkeit der Braunkohle im nord-west-europäischen Strommarkt zu beurteilen. Hierzu allerdings leistet die Publikation keinen Beitrag.

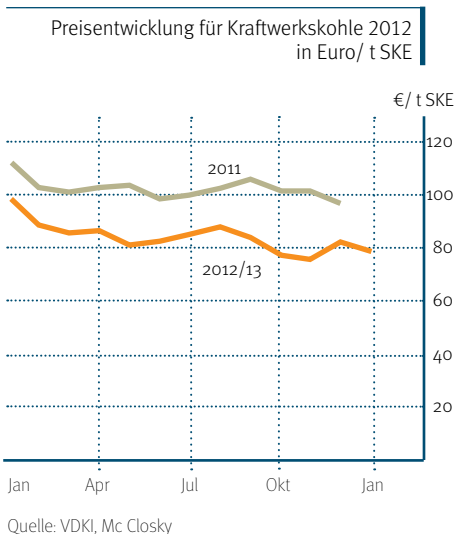
Die Braunkohlenindustrie schätzt die Entwicklung der Braunkohlenverstromung zuversichtlich ein. Angesichts geopolitischer und preislicher Risiken bei Importenergien bedeuten die derzeit rechtlich abgesicherten förderbaren Vorräte von rund fünf Milliarden Tonnen Braunkohle einen wichtigen Beitrag für die Energiesicherheit des Landes. Die aktuelle Marktsituation ist für alle konventionellen Kraftwerke schwierig; doch die Braunkohle schneidet im Vergleich relativ günstig ab. Das wird belegt durch die aktuell gute Auslastung der Kapazitäten. Der DEBRIV ist überzeugt, dass der Anteil der Braunkohle an der Stromversorgung über die nächsten zwei Dekaden auf hohem Niveau bleiben und auch danach perspektivisch nicht schlagartig zurückgehen wird. Die in der DIW-Studie ermittelten Aussagen zur Kohlegewinnung, zur Tagebauplanung und Investitionen sind nicht nachvollziehbar und stehen im deutlichen Widerspruch zu anderen Studien und der Einschätzung der braunkohlenfördernden Unternehmen.

Da fundamentale Aussagen zur stromwirtschaftlichen Bedeutung und Wettbewerbsposition der Braunkohle, zur Wirtschaftlichkeit neuer Braunkohlenkraftwerke und zum Ordnungsrahmen der CO₂-Minderung auf zweifelhafter Grundlage formuliert wurden, ist es nach Ansicht des DEBRIV unmöglich, die Überlegungen des DIW zur Braunkohle ernst zu nehmen. In einem offenen Brief (www.braunkohle.de/pages/layout3sp.php?page=971) hat der DEBRIV zu den Darlegungen des DIW ausführlich Stellung genommen. ■

WELTENERGIEVERBRAUCH

Kohle setzt sich an die Spitze

Paris/Brüssel - Gegen 2017 wird Kohle dem Öl die Rolle des wichtigsten Energieträgers auf der Erde abnehmen, schätzt die Internationale Energieagentur (IEA) in ihrer jüngsten Prognose. Vor allem der Ausbau der Stromerzeugung in Nicht-OECD-Ländern sorgt weiterhin für einen starken Zuwachs beim Kohlenverbrauch. Allerdings werden sich die jährlichen Zuwachsraten etwas verlangsamen. Verzeichnete der Weltkohlenverbrauch zwischen 2000 und 2008 Zuwachsraten von jahresdurchschnittlich 4,3 Prozent, wird der Zuwachs in den nächsten Jahren nur noch bei durchschnittlich 2,6 Prozent liegen, schätzt die IEA. Auch in Zukunft bleibt China der weltweit größte Kohlenverbraucher, Indien wird sich allerdings als größtes Importland etablieren. In den USA hat die stark ausgeweitete Produktion von unkonventionellem Erdgas erhebliche Auswirkungen auf die Stromerzeugung. Die Nachfrage nach Steinkohle auf dem US-Markt ist gesunken. Um ein weiteres Anwachsen der Bestände zu verhindern, werden unter Preisdruck die Exporte ausgeweitet.



Das weltweit gute Angebot an Kohle und niedrige Frachtraten einerseits sowie historische Höchststände bei den Öl- und Gaspreisen andererseits sorgen nach Angabe des europäischen Kohlenverbandes EURACOAL in Europa für einen moderaten Anstieg des Kohlenverbrauchs. Im ersten Halbjahr 2012 wuchs der Verbrauch an Stein- und Braunkohlen insgesamt um rund 5 Prozent. Während die heimische Gewinnung nur leicht zunahm, stiegen die Importe deutlich. Besonders kräftig hat sich der Kohleneinsatz zur Stromerzeugung in Großbritannien erhöht. Im ersten Halbjahr 2012 kam es zu einer Steigerung um 36 Prozent, demgegenüber ging der Erdgaseinsatz in den Kraftwerken um gut ein Drittel zurück. Der Anteil der Kohle an der gesamten Stromerzeugung in UK stieg auf über 40 Prozent. Auch Spanien und Frankreich haben ihre Kohlenimporte 2012 ausgeweitet, in Polen kam es zu einer deutlichen Ausweitung des Einsatzes von Braunkohle in der Stromerzeugung. Die IEA geht davon aus, dass der Preisabstand zwischen Kohle und Erdgas im laufenden Jahr in Europa sein Maximum erreicht.

KLIMASCHUTZ

Nordrhein-Westfalen beschließt Klimagesetz

Düsseldorf - Der nordrhein-westfälische Landtag hat in zweiter Lesung das Gesetz zur Senkung der landesweiten Treibhausgasemissionen verabschiedet. Der seit 2011 intensiv und kontrovers diskutierte Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, den Ausstoß von Klimagasen bis 2020 um 25 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent zu senken. Zentrales Instrument zur Erreichung der Ziele ist ein Klimaschutzplan, der im Rahmen eines umfassenden Diskussions- und Beteiligungsverfahrens erarbeitet werden soll. Die Wirtschaft soll aufgefordert werden, die Umsetzung neuer klimaschonender Techniken zu beschleunigen und den Rhythmus betrieblicher Investitionszyklen klimagerecht zu verstärken. Unklar bleibt die Verknüpfung von Klimaschutzzielen der Länder mit Vorgaben für die Raumplanung. Die Verankerung des Klimaschutzes als gleichrangiges Ziel in der Planungs- und Genehmigungspraxis hat bisher weder auf Bundesebene noch in anderen Bundesländern ein Vorbild und könnte erhebliche Investitionsunsicherheit nach sich ziehen, befürchtet die nordrhein-westfälische Wirtschaft. Darüber hinaus ist der CO₂-Ausstoß für Kraftwerke und Industrieanlagen bereits abschließend durch den europäischen Emissionshandel geregelt. Zusagen von Landespolitikern, diesen Anlagen keine zusätzlichen Lasten aufzubürden, sind im Gesetzestext bisher nicht klar formuliert. Befürwortet wird dagegen auch von der Wirtschaft der Ansatz, konkrete Klimaschutzmaßnahmen vor Ort zu unterstützen und zu fördern.

EURACOAL

Europäischer Kohlenverband wählt neuen Präsidenten

Brüssel – Die Mitglieder des Verbandes der europäischen Kohlenindustrie (EURACOAL) haben Pawel Smoleń zum neuen Präsidenten gewählt. P. Smoleń ist als stellvertretender Vorstandsvorsitzender beim polnischen Stromversorger PGE tätig. Er tritt die Nachfolge von Dr.-Ing. Hartmuth Zeiß an, der seit Anfang 2011 dem Verband als Präsident vorstand. Erneut in das EURACOAL-Präsidium gewählt wurde das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes Steinkohle, Prof. Franz-Josef Wodopia. Neu in das Amt eines EURACOAL-Vizepräsidenten wurden Piotr Rykala, Vorstandsmitglied bei Polens größtem Steinkohlenproduzenten Kompania Węglowa SA, sowie Nigel Yaxley, Repräsentant der britischen Kohlenimporteure, gewählt. Smoleń wies in seiner Antrittsrede auf die Bedeutung des Energieträgers Kohle für eine sichere und wettbewerbsfähige Stromversorgung hin. Die Modernisierung der europäischen Kohlenkraftwerke sei ein wichtiger Beitrag für die Energiezukunft und den Klimaschutz in Europa, erklärte der neue EURACOAL-Präsident in Brüssel. ■

VERSORGUNG

Nutzung heimischer Ressourcen nimmt leicht zu

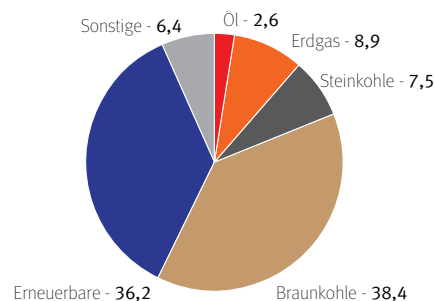
Berlin/Köln - Die Gewinnung von Primärenergie hat in Deutschland 2012 leicht zugenommen. Nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) stieg die inländische Energiegewinnung im vergangenen Jahr um 2,7 Prozent auf insgesamt 148,9 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE).

Der Zuwachs beruht zum einen auf der stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien, die den inländischen Energieressourcen zugeordnet werden. Ihr Beitrag stieg von 50,0 auf 54,0 Mio. t SKE. Außerdem wurde die Braunkohlenförderung um rund 5 Prozent auf 57,2 Mio. t SKE ausgeweitet. Demgegenüber verharrte die inländische Mineralölgewinnung mit 3,8 Mio. t SKE auf dem Niveau des Vorjahres. Die Erdgasgewinnung wies einen erneuten Rückgang auf und verminderte sich um 13 Prozent auf 13,3 Mio. t SKE. Die Gewinnung von Steinkohle verminderte sich ebenfalls im Zuge der planmäßigen Stilllegung heimischer Bergwerke.

Mit einem Anteil von über 38 Prozent blieb die Braunkohle auch 2012 die wichtigste heimische Energieressource. Die erneuerbaren Energien festigten ihre Position auf Rang 2 mit einem Anteil von über 36 Prozent.

Der Anteil der heimischen Ressourcen am gesamten Energieverbrauch hat sich 2012 leicht erhöht. Lag der Anteil 2011 bei 31,4 Prozent, so wurden im abgelaufenen Jahr 32 Prozent des Verbrauchs aus der inländischen Energieproduktion gedeckt. Vor allem bei Mineralöl und Erdgas ist Deutschland weiterhin in hohem Maße von Importen abhängig.

Gewinnung heimischer Energieträger 2012
Anteile in Prozent - gesamt 148,9 Mio. t SKE



Quelle: AG Energiebilanzen

STATISTIK



Zahlen zum Kohlenbergbau 2011 erschienen

Herne/Köln – Die Statistik der Kohlenwirtschaft hat ihre Publikation „Der Kohlenbergbau in der Energiewirtschaft der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2011“ vorgelegt. Die 1954 gegründete und vom DEBRIV sowie dem Gesamtverband Steinkohle, der RAG Beteiligungs-GmbH und der Forschungsgemeinschaft der deutschen Braunkohlenindustrie getragene Vereinigung hat die Aufgabe, die von den Behörden auf dem Gebiet der Kohlenwirtschaft angeforderten zusammenfassenden Statistiken zu erstellen und für seine Mitglieder die gesetzlichen Auskunftspflichten zu erfüllen. Zusammen mit dem kürzlich grundlegend überarbeiteten Internetauftritt des Vereins bietet die jüngste Publikation ein umfassendes Datenangebot zum deutschen Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau sowie zum Energie- und Kohlenmarkt. ■

BILDUNG



Lehrer interessieren sich für Braunkohle

Köln - Das vom Berliner Zeitbild-Verlag erstellte Themenheft Braunkohle im Energiemix ist bei Lehrern und Lehrerinnen gut angekommen. Auf den Versand des 36-seitigen Heftes haben knapp 300 Pädagogen mit der Rücksendung des beigefügten Fragebogens geantwortet. Die hohe Rückmeldequote sowie die große Zahl positiver Reaktionen belegen das große Interesse an Informationen zur Braunkohle in Schulen und Bildungseinrichtungen. Die weit überwiegende Zahl der Lehrkräfte beurteilt das Heft mit der Note gut oder sehr gut. Besonders oft wurden die Informationsgrafiken und Schaubilder gelobt. Das aktuelle Zahlenwerk sowie die verständliche Argumentation machen das Material schulformübergreifend einsetzbar. Rund 40 Prozent der Lehrkräfte wollen das Heft mehrfach einsetzen und 95 Prozent wollen es anderen Kollegen und Kolleginnen empfehlen. Die Startauflage des Themenheftes von 29 000 Exemplaren ist inzwischen vergriffen, derzeit liegen bereits 20 000 Bestellungen für einen Nachdruck vor, der kurzfristig erfolgen soll. ■

Herausgeber:

DEBRIV
Bundesverband Braunkohle
- Öffentlichkeitsarbeit -
Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen
Postfach 40 02 52
50832 Köln

Tel: 0 22 34 / 18 64 0
Fax: 0 22 34 / 18 64 18
E-Mail: uwe.maassen@braunkohle.de
Internet: www.braunkohle.de
Aufnahme in den E-Mail-Presserverteiler unter:
www.braunkohle.de „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10.03.2013